MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 26. März 2010, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Acker, Backes, Becker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
CDU:	Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Vaupel, von Ploetz, Dr. Wulff
GRÜNE:	Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
Marburger Linke:	Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Schäfer
FDP:	Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
MBL:	Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Stompfe (CDU), Kolter, Dr. Weber (Marburger Linke) und die ehrenamtliche Stadträtin Schulze-Stampe.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Februar 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Der Stadtverordnetenvorsteher weißt daraufhin, dass bei der Anwesenheit der Hauptamtlichen Magistratsmitglieder Stadträtin Dr. Kerstin Weinbach noch nachzutragen ist.

Sonstige Änderungswünsche zu der ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ergänzten Form als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zu heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge vor.

1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburg Linke betr. Veranstaltungsreihe Marburger Stadtforum VO/1107/2010

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit spricht formal der Stadtverordnete Acker (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken und der CDU die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlichkeitsantrag der Fraktion SPD/B90/Die Grünen betr. Kürzungen im Etat der Philippsuniversität Marburg VO/1119/2010

Dieser dringliche Antrag wurde soeben im Hause verteilt. Der Stadtverordnetenvorsteher trägt den Text vor.

Die Dringlichkeit wird begründet durch die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Dingeldein (FDP).

Nach dem Wortbeitrag des Stadtverordneten Prof. Dr. Dingeldein (FDP) wird im Antragstext im ersten Absatz die Formulierung "in Höhe von 5.000.000 €" gestrichen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Alle Stadtverordneten unterstützen die Aufnahme dieses dringlichen Antrags in die Tagesordnung.

Der Stadtverordnetenvorsteher wird daher die Vorlage als Tagesordnungspunkt 13 aufrufen.

Auch dieser dringliche Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weiterhin gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

Der Stadtverordnetenvorsteher weist zur Klarstellung nochmals darauf hin, dass die bisher praktizierte Verfahrensweise der Abkürzung der Fragestunde auf 30 Minuten weiterhin Gültigkeit hat.

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 1 03/2010)
Vorlage: VO/1088/2010

Seit wann, in welchen Zeitintervallen und an welchen Positionen genau werden in Marburg Schadstoffkonzentrationen in der Luft gemessen und wo sind die Einzelwerte im Detail einsehbar?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In der Stadt Marburg werden seit 1988 Luftmesswerte an Luftmessstationen der **Hessischen Landesanstalt für Umwelt und Geologie (HLUG), Wiesbaden,** in der

- Gutenbergstraße (vor dem Universitätsgebäude Gutenbergstraße 18,

Fachbereich Psychologie) und seit 2006 in der

- Universitätsstraße - vor dem Gebäude Universitätsstraße 8 -

gemessen. Im Einzelnen werden an der Messstation in der Gutenbergstraße seit 1988 Stickoxide, Stickstoffdioxid, Ozon, seit 2000 Feinstaub PM 10,

seit 2004 Windrichtung, Windgeschwindigkeit, Temperatur und relative Luftfeuchte und an der Messstation Universitätsstraße seit 2006 Kohlenmonoxid, Stickoxid, Stickstoffdioxid und Feinstaub PM 10 gemessen.

Die Messungen erfolgen permanent, die Daten aller hessischen Luftmessstationen sind über das Internet unter der Adresse <http://www.hlug.de/medien/luft/messnetz/index.htm> einseh- und abrufbar. Auf den Internetseiten der Stadtverwaltung ist diese Adresse verlinkt.

Wer keinen Internetzugang hat, kann die Daten auch im Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur, - Bereich Umwelt - innerhalb der Öffnungszeiten im Umweltladen Barfüßerstraße 50 oder im Rathaus, Markt 1, 2. OG, Zimmer 16, einsehen. Dort werden die täglichen Luftmessberichte der Hessischen Landesanstalt für Umwelt und Geologie auch in Papierform gesammelt.

Auf den Internetseiten der Landesanstalt gibt es noch zusätzliche Recherchefunktionen, die eine rückwirkende Auswertung aller Daten der Luftmessstationen ermöglichen. Zudem werden von dort auch monatlich und jährliche Auswertungen der Luftmessdaten erstellt, die ebenfalls über die Internetseiten abrufbar sind und ebenfalls im Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur, Bereich Umwelt, unter den beiden vorstehend genannten Adressen ausgedruckt zur Einsichtnahme vorliegen.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sabine Köhler (Nr. 2 03/2010) Vorlage: VO/1089/2010

Im Hinblick auf die bevorstehende Badesaison wird der Magistrat gebeten mitzuteilen, wer für die Pflege der Rosenbeete rund um das Freibad zuständig ist.
Die Verunkrautung hatte im vergangenen Jahr stark zugenommen.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Für die Pflege der gesamten Anlage ist der Fachdienst Städtische Bäder zuständig. Um die Schwimmbecken herum waren bisher Bodendecker (keine Rosen) gepflanzt, die in der Tat keinen schönen Anblick boten. Daher werden die Rabatten rund um die Becken noch vor der Freibadesaison 2010 neu bepflanzt und gestaltet werden.

Um 16:29 übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 3 03/2010)
Vorlage: VO/1090/2010

In einem Brief an den Sprecher der IG MARSS, Claus Schreiner, schrieb Oberbürgermeister Vaupel am 22.10.2009 zum Abbruch des Anwesens Rosenstraße 9: „Diese Entscheidung fiel im Einvernehmen mit dem

Landesamt für Denkmalpflege das zuvor beide Gebäude aus der Denkmaleigenschaft entlassen hatte". In einem Brief an den Stadtverordneten Fülberth schrieb Herr Udo Baumann, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, am 04. Februar 2010: „Das in der vorläufigen Denkmalliste als Baudenkmal bewertete Anwesen ist nicht aus der Denkmalliste gelöscht worden."

Welche der beiden Aussagen trifft zu?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Abbruchentscheidung gemäß § 16 (2) Denkmalschutzgesetz (DSchG) ist im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen getroffen worden.

Die Formulierung, dass zuvor Gebäude aus der Denkmaleigenschaft entlassen worden sind, ist vielleicht irreführend. Zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass das Landesamt für Denkmalpflege Hessen mit der Einvernehmensentscheidung davon ausgeht, dass nach Abbruch des Gebäudes gemäß § 10 (2) DSchG die Eintragung im Denkmalbuch von Amts wegen zu löschen ist, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen (hier durch Abbruch des Kulturdenkmales) nicht mehr vorliegen.

Anders als bei der Eintragung eines Kulturdenkmales erfolgt die Löschung nur auf eigene Initiative des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, d. h. von Amts wegen. Ein Antragsrecht Dritter, etwa der Gemeinde oder eines Eigentümers, besteht nicht. Insofern kann die Löschung des Kulturdenkmales aus dem Denkmalbuch erst nach realisiertem Abbruch vorgenommen werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls von Oberbürgermeister und von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 4 03/2010)
Vorlage: VO/1091/2010

Kann der Magistrat prüfen, ob dem Wunsch der Emil-von-Behring-Schule entgegen zu kommen ist, das Betreuungsprogramm in der Grundschule von 14.00 Uhr auf 15.00 Uhr zu erweitern?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Derzeit liegen uns bereits Anmeldungen aus der Emil-von-Behring-Schule für das Schuljahr 2010/11 vor. Allerdings haben lediglich fünf von bisher 14 Eltern vermerkt, dass sie längere Betreuungszeiten als bis 14 Uhr wünschen.

Das Anmeldeverfahren für die Betreuungsangebote an den Grundschulen im Schuljahr 2010/11 findet gegenwärtig statt. Wir haben die Schulen gebeten, bis zum 25.03.2010 die Anmeldungen der Eltern zuzusenden.
Auf den Anmeldeformularen ist vorgesehen, dass die Arbeitszeiten der Eltern eingetragen werden und auch darüber hinaus können Eltern in der Zeile „Sonstiges" gewünschte bzw. aufgrund der Berufstätigkeit erforderliche Betreuungszeiten angeben.

Aufgrund des derzeitigen laufenden Verfahrens ist es noch nicht möglich eine Übersicht über den Bedarf an Betreuungsplätzen an den Grundschulen zum Schuljahr 2010/11 zu erstellen und die Planung der entsprechenden Veränderungen vorzunehmen.

Soweit es möglich ist, wird aufgrund des vorhandenen Stellenplanes versucht, die Betreuungszeiten dem Bedarf der Eltern anzupassen. Allerdings ist es aus fiskalischen und organisatorischen Gründen erforderlich, dass eine Mindestzahl von 10 Anmeldungen für eine erweiterte Öffnungszeit vorliegt.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 5 03/2010)
Vorlage: VO/1092/2010

Kann der Magistrat darauf einwirken, dass eine Anlegestelle „Waggonhalle" für die „Elisabeth II" eingerichtet wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Anlegestellen sind bisher vorgesehen im Bereich Rosenbrücke, Bootssteg Martin-Luther-Schule in Höhe der Friedrich-Ebert-Schule und im Bereich Bootsverleih.

Die Anlegestelle Rosenbrücke muss neu errichtet werden. Die beiden anderen Anlegemöglichkeiten sind bereits vorhanden.

Das Errichten von Anlegestellen stellt einen Eingriff in den naturschutzrechtlich geschützten Uferbereich dar. Für solche Anlagen sind naturschutzrechtliche und wasserrechtliche Genehmigungsverfahren erforderlich. Grundsätzlich wäre denkbar, am linken Lahnufer in Höhe der Elisabethbrücke oder in Höhe der kleinen Treppe zum Krummbogen zum Lahnuferweg (in Höhe Balzer Baustoffe) eine weitere Anlegestelle einzurichten. Abschließend wird dies jedoch erst in den nächsten Wochen festgelegt werden.

Eine namentliche Kennzeichnung der Anlegestellen ist bisher ebenfalls nicht vorgesehen. Eine namentliche Kennzeichnung „Waggonhalle" würde unter Umständen zur Verwirrung beitragen, da das Waggonhallengelände einige

hundert Meter von der Lahn entfernt liegt.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 6 03/2010)
Vorlage: VO/1093/2010

Gibt es inzwischen einen genauen Zeitplan der Deutschen Bahn AG für den Beginn und Verlauf ihres Anteils an der Bahnhofsrenovierung und damit auch für die Umsetzung der Planungen der Stadt bezüglich der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Baumaßnahmen der Stadt Marburg am Bahnhofsvorplatz sollen im September 2010 beginnen. Die Bahn hat zuletzt mit Schreiben vom 08.04.2009 mitgeteilt, im März 2010 mit dem Umbau des Bahnsteiges zu beginnen. Rückbaumaßnahmen in den Obergeschossen des Empfangsgebäudes laufen bereits.
Wir warten auf die Baugenehmigung aus Berlin.

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 7 03/2010)
Vorlage: VO/1129/2010

Wie lautet die genaue zeitliche und finanzielle Planung für die Stadthallenrenovierung und eventuelle Ersatzraumbeschaffung für die Zeit der renovierungsbedingten Schließung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es gibt noch keine Detailplanung.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 8 03/2010)
Vorlage: VO/1094/2010

Wie hoch sind die bisher angefallenen Gesamtkosten, die Bund, Länder und Stadt für Lärmschutzmaßnahmen an der Stadtautobahn bisher gezahlt haben, wie hoch werden die Kosten geschätzt, die für weitere geplante Maßnahmen erforderlich wären und wer trägt die dafür erforderlichen finanziellen Aufwendungen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die bisher für Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände und Zuschüsse für

passiven Lärmschutz wie Schallschutzfenster) entlang der B3a entstandenen Kosten haben das Land Hessen und der Bund getragen und müssen vom Amt für Straßen- u. Verkehrswesen Marburg erst zusammengestellt werden. Eine Beantwortung der Frage kann daher erst in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Die Stadt Marburg hat im Zuge des Baus der Auf- und Abfahrten Marburg Nord/Messegelände dem Marburger Spar- und Bauverein für passive Lärmschutzmaßnahmen/Lärmschutzfenster an Wohnungen im Gebiet Afföllerstraße einen Zuschuss von umgerechnet 173.000 Euro ausgezahlt.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 9 03/2010)
Vorlage: VO/1130/2010

Wie hoch sind die Bauunterhaltungskosten für die Stadtautobahn im Bereich Marburg Süd bis Marburg Nord in den vergangenen zehn Jahren,

die vom Bund, dem Land Hessen und der Universitätsstadt Marburg jährlich getragen wurden, welche Kosten sind voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren zu erwarten unter Berücksichtigung der Alterung des Betons sowie der vorgespannten Brückenkonstruktion und wer trägt die dafür erforderlichen Aufwendungen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für die B 3, die als Bundesstraße klassifiziert ist, ist das Amt für Straßen- und Verkehrswesen Marburg zuständig. Die Stadt Marburg hat hier keinerlei Aufwendungen und verfügt auch nicht über die angefragten Daten.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 10 03/2010)
Vorlage: VO/1095/2010

Das Grundstück Ockershäuser Allee 24 soll nach Eigenaussage der derzeitigen Eigentümer nicht mehr an den ursprünglich interessierten Investor verkauft werden. In der STVV vom Februar 2010 hatte der Magistrat auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Meyer bereits mitgeteilt, die geplante Bauanfrage sei zurückgezogen. Inzwischen soll aber - ebenfalls laut Grundstückseigentümer - bereits ein anderer Investor gefunden worden sein, die Grundstücksübertragung sei sogar bereits im März 2010 terminiert. Welche Informationen/Bauvoranfragen/Bauanträge liegen dem Bauamt inzwischen neu vor und wie wird das Verwertungsinteresse des nunmehr neuen Investors beurteilt? Vermessungstätigkeiten sind seitens der Nachbarn bereits beobachtet worden.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Es ist richtig, dass der ursprüngliche Investor das Grundstück Ockershäuser Allee

verkauft und seinen Bauantrag, der mit Anlass für den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes war, zurückgegeben hat.

Zwischenzeitlich hat ein neuer Käufer das Grundstück erworben und sich über die Planungsziele, die mit dem Aufstellungsbeschluss verbunden sind, informiert. Bauherr und Architekt ist neben den Planungszielen auch mitgeteilt worden, dass sich zukünftige Planungen nur entsprechend dieser Zielsetzungen und Beteiligung der Beiräte vermitteln lassen. Konkrete Bauvoranfragen oder Anträge liegen nicht vor. Der neue Eigentümer wird neue Planungen frühzeitig vorstellen.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 11 03/2010)
Vorlage: VO/1096/2010

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf nimmt für eine Bareinzahlung auf ein fremdes, aber bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf selbst geführtes Konto Gebühren in Höhe von 12 Euro. Wieso muss ein Unternehmen, das von der öffentlichen Hand gehalten wird, solche horrenden Beträge von Personen nehmen, die über kein eigenes Konto verfügen, aber eine Einzahlung auf ein bei der Sparkasse vorhandenes Konto machen wollen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die der Anfrage zu Grunde liegende Thematik war bereits Gegenstand einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion (VO 516/2009).

Die genannten Gebühren von 12 € für eine Bareinzahlung fremder Kunden auf Konten von Kunden der Sparkasse Marburg-Biedenkopf sind nach dem Gebührenverzeichnis (Preis- und Leistungsverzeichnis) der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zu entrichten (Ziffer 4.6).

Die in Marburg ansässigen Kreditinstitute erheben sehr unterschiedliche Gebühren für einzelne Dienstleistungen, es muss im Einzelfall durch den Zahlungspflichtigen geprüft werden, ob eine Bareinzahlung bei einem anderen Kreditinstitut kostengünstiger ist.

Eine Einflussnahme der Stadt über den Verwaltungsrat scheidet grundsätzlich aus, da die von der Sparkasse Marburg-Biedenkopf festgelegten Gebühren im Vergleich zu anderen Kreditinstituten marktüblich sind.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Gottschlich (CDU) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 16:49 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 12 03/2010)
Vorlage: VO/1097/2010

Wird der in Marburg ausgestreute Splitt wieder verwertet?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der in Marburg im Winterdienst ausgestreute Splitt wird im Rahmen der Straßenreinigung aufgenommen und als Straßenkehricht einer zertifizierten Fachfirma zur Verwertung übergeben.

Diese setzt das Material zu großen Teilen in der Rekultivierung z.B. bei Straßenbaumaßnahmen ein.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 13 03/2010)
Vorlage: VO/1127/2010

Ist es möglich, den Wald der Funkantennen in Marburg zu lichten, indem man darauf hinwirkt, dass nicht mehr im Betrieb befindliche Anlagen abgebaut werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zurzeit liegen dem Magistrat keine Erkenntnisse darüber vor, dass nicht mehr im Betrieb befindlichen Funkantennen (Mobilfunkanlagen) vorhanden sind.
Sollte dies dem Magistrat bekannt werden, wird dieser darauf hinwirken, dass die jeweiligen Anlagen abgebaut werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 14 03/2010)
Vorlage: VO/1098/2010

2011 jährt sich zum 110. Mal die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an Emil von Behring. Plant die Stadt in diesem Zusammenhang Aktivitäten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zum 100. Jubiläum der Nobelpreisverleihung an Emil von Behring im Jahr 2001 hat der Fachdienst Kultur eine große Ausstellung mit Rahmenprogramm im Rathaus gezeigt. Eine derartige Ausstellung/Aktion ist zu diesem „unechten" Jubiläum „110 Jahre Nobelpreis an Emil von Behring" im Rathaus oder an

anderen städtischen Orten derzeit nicht geplant.

Es gibt jedoch konkrete Gespräche und Planungen unter Einbeziehung des Fachdienstes Kultur, Behrings Leben und Wirken in Marburg an einer zentralen Stelle im Rahmen des geplanten Chemikums in der Bahnhofstraße 7 dauerhaft zu präsentieren. Die Eröffnung dieser geplanten Dauerpräsentation inklusive Nobelpreiswürdigung könnte in den Dezember 2011 fallen.

Hier laufen derzeit jedoch noch Absprachen im Vorfeld mit der Emil-von-Behring-Bibliothek, dem Chemikum und anderen Partnern aus der Philipps-Universität.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 15 03/2010)
Vorlage: VO/1120/2010

Warum wurde der Schneefangzaun an der K72 in Höhe der Gärtnerei Philipps und dem Sellhof in dem Winterhalbjahr 2009/2010 wie in den vergangenen Jahren nicht aufgestellt? Verursacht durch heftige Schneeverwehungen kam es zu erheblichen Behinderungen in diesem Teilstück der K72.
Ist beabsichtigt, den Schneefangzaun in Zukunft wieder aufzustellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg und der Straßenmeisterei Marburg wird der Winterdienst auf dem o. a. Straßenabschnitt durch den DBM ausgeführt. Wie dem Fragensteller sicherlich bekannt sein dürfte, gehört es zu der Ausführung des Winterdienstes auch, den Schneefangzaun aufzustellen.

In der Vergangenheit wurde der Aufbau des Schneefangzaunes im Rahmen der Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Stadt Marburg und dem DBM separat durch den damals für den Winterdienst zuständigen FD Tiefbau beauftragt. Nach der Übertragung der Auftraggeberfunktion für Straßenreinigung und Winterdienst auf den FD Straßenverkehr, wurde diese Beauftragung nicht mehr veranlasst, weil hier davon ausgegangen wurde, dass diese Leistung standardmäßig als absichernde Winterdienstleistung erbracht wird. Für die Zukunft wurde dem DBM ein Dauerauftrag erteilt, so dass gewährleistet ist, dass der Schneefangzaun rechtzeitig vor der Wintersaison aufgebaut wird.

Die von dem Fragesteller aufgeworfene Verkehrsproblematik durch Schneeverwehungen ist in dem vergangenen und sicherlich außergewöhnlichen Winter nur einmal aufgetreten. Hier musste die Straße für ca. 6 Stunden gesperrt werden, damit die Räumfahrzeuge des DBM die Schneemassen beseitigen konnten. Diese Maßnahme war im vergangenen Winter jedoch nichts Ungewöhnliches. Kreisweit mussten wegen der extremen Witterungslagen und der fehlenden Streumittelvorräte immer wieder Landstraßen gesperrt und mühsam geräumt werden.

Nach Auskunft des Regionalen Verkehrsdienstes der Polizei Marburg waren in der Zeit zwischen November und März keine Witterungsbedingten Unfälle in dem

o. a. Streckenbereich zu verzeichnen.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Helmut Hebert-Henkel (Nr. 16 03/2010)
Vorlage: VO/1121/2010

Gibt es einen alten Magistratsbeschluss, datiert aus Hanno Drechslers Zeiten, in dem festgelegt wurde, dass in Marburg ein einheitliches Papierkorbsystem im öffentlichen Fuß- und Verkehrsraum verwendet werden sollte? Meines Erachtens werden in Marburg zu viele unterschiedliche Papierkorbsysteme verwandt und aufgestellt.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Einen entsprechenden Magistratsbeschluss gibt es nicht.

Herr Oberbürgermeister Hanno Drechsler hat selbst, auf Vorschlag des FD 10, entschieden, dass im Stadtgebiet, entlang der öffentlichen Straßen und Wege, die bekannten weinroten, achteckigen Papierkörbe mit einem Fassungsvermögen von ca. 45 Litern, aufgestellt werden sollen. Aufgrund der langen Zeit, die seit dieser Entscheidung vergangen ist, liegen keine Akten mehr vor.

Darüber hinaus werden durch den DBM an Stellen mit großer Fußgängerfrequentierung oder besonderem Müllaufkommen Papierkörbe mit einem Fassungsvermögen von ca. 120 Litern eingesetzt. Hierbei handelt es vornehmlich um krähensichere Metallgehäuse, in die eine entsprechend große Mülltonne eingeschoben werden kann.

Es ist jedoch bekannt, dass im Stadtgebiet, vornehmlich in abgeschlossenen Bereichen, wie z. B. auf den Lahnwiesen, auf Spielplätzen oder in Parks, andere Papierkorbmodelle aufgestellt wurden. Welcher Papierkorb, an welcher Stelle aufgestellt wird, ist jedoch situations- und gestaltungsabhängig.

So wird beispielsweise auf den Lahnwiesen und den Parks darauf geachtet, dass sich die Papierkörbe gut in die Umgebung einpassen, während auf Spielplätzen dem Umstand Rechnung getragen werden muss, dass hier Eltern häufig ihre Kinder wickeln müssen und die Windel sicher entsorgen wollen.

Eine Vereinheitlichung aller Papierkörbe im Stadtgebiet ist nicht beabsichtigt.

Eine Zusatzfrage durch den Stadtverordneten Herbert-Henkel wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die auf 30 Minuten gekürzte Fragestunde abgelaufen. Die Fragen 17-24 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Behring-Gedenkstätte Vorlage: VO/0537/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Die antragstellende FDP-Fraktion hat im Bau- und Planungsausschuss den letzten Halbsatz des Beschlusstextes gestrichen.

Daneben wurde von der SPD-Fraktion ein geänderter Beschlusstext als Alternativ votum vorgestellt, der wie folgt lautete:

Der Magistrat wird gebeten, mit den Eigentümern des Grundstücks "Wannkopfstraße 13" weiterhin über eine bauliche Sicherung und einen öffentlichen Zugang der Originalräume Behrings zu verhandeln, aber die zentrale Gedenkstätte im Chemikum einzurichten.

Im Bau- und Planungsausschuss wurde über beide Beschlussvorschläge alternativ abgestimmt, wobei die neue Beschlussformulierung der SPD-Fraktion zur Annahme empfohlen wurde.

Aussprache ist angemeldet worden.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Weidemann (SPD), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Stadträtin Dr. Weinbach.

Nach der Aussprach lässt der Stadtverordnetenvorsteher ebenso wie im Bau- und Planungsausschuss über beiden Beschlussformulierungen alternativ abstimmen.

Für die Beschlussformulierung der FDP-Fraktion (geänderter Ursprungsantrag) stimmten die Stadtverordneten der FDP und der Fraktion Marburger Linke.

Für den von der SPD im Bau- und Planungsausschuss vorgetragenen geänderten Beschusstext sprechen sich die Stadtverordneten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus. Enthalten haben sich die Stadtverordneten der CDU und ein Stadtverordneter der MBL.

Somit hat die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten, mit den Eigentümern des Grundstücks "Wannkopfstraße 13" weiterhin über eine bauliche Sicherung und einen öffentlichen Zugang der Originalräume Behrings zu verhandeln, aber die zentrale Gedenkstätte im Chemikum einzurichten.

---

zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Qualitätsstandards für Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II umsetzen. Vorlage: VO/0570/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) sowie Stadträtin Dr. Weinbach und Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Aussprache fasst die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt

---

zu 14.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Brandschutzkommission Vorlage: VO/1040/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen) und Severin (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und FDP, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der Marburger Linken und der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.5 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen Vorlage: VO/1048/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat die Fraktion Marburg Linke einen Änderungsantrag zu der Beschlussformulierung vorgelegt.

Der **Änderungsantrag** umfasst folgende Ergänzung der bisherigen

Beschlussformulierung:

2.) sich für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine umfassende Reform der Gemeinschaftssteuern, insbesondere aber der Einkommensteuer mit dem Ziel einzusetzen, die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zu erhöhen,

3.) für Steigerung des Anteils der Einnahmen der Gemeinden im Verhältnis zum Bund und zu den Ländern einzutreten.

Dieser Änderungsantrag liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abzulehnen und dem ursprünglichen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Acker (SPD), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Prof. Dr. Dingeldein (FDP) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Während der Aussprache hat von 18:39 Uhr bis 18:55 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburg Linke abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke sowie bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Hessische Landesregierung auf, alle zusätzlichen Belastungen für die Kommunen abzuwehren sowie insbesondere die zugesicherte Erstattung der Kosten aufgrund der neuen Mindestverordnung bei der Kinderbetreuung zu gewährleisten.

---

zu 14.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Stadtplanung und Stadtentwicklung in Marburg
Vorlage: VO/1053/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Wölk (SPD), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Weiter spricht nochmals der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und der FDP-Fraktion, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.7 Antrag der CDU-Fraktion betr. 50-Meter Schwimmbecken in Marburg
Vorlage: VO/1054/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss hat die Fraktion Marburger Linke einen Änderungsantrag zum Antrag der CDU-Fraktion vorgelegt. Dieser Änderungsantrag liegt heute auch allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Der Antrag hat folgenden Text:

Der Beschlussvorlage wird folgender dritter Absatz angefügt:

"Sobald bei den Planungen abzusehen ist, dass das Vorhaben, z. B. wegen zu hoher Folgekosten bei Betrieb und Unterhaltung, nicht realisierbar ist, wird unverzüglich mit einer alternativen Planung eines 50-m Beckens im Freigelände des AquaMar begonnen. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg ist zeitnah über die Erkenntnisse des Planungsprozesses zu unterrichten."

Dieser Änderungsantrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt.

Sodann wurde über den Ursprungsantrag der CDU Fraktion abgestimmt. Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Jannasch (CDU), Backes (SPD), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sowie bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

---

zu 14.13 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Kinderbetreuungs- Entwicklungsplan 2010 - 2013 Vorlage: VO/1066/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Sozialausschuss hat die CDU-Fraktion den Änderungsantrag gestellt, den Beschlusstenor unter den Buchstaben a), nach dem Wort "vorzulegen" wie folgt zu ergänzen: **unter der Prämisse der größtmöglichen Gebührenfreistellung**.

Dieser Änderungsantrag ist im Sozialausschuss jedoch mehrheitlich abgelehnt worden. Zum Ausgangsantrag selbst empfiehlt der Sozialausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung ohne geänderte Beschlussformulierung.

Zu diesem Antrag wurde im Ältestenrat von der CDU-Fraktion die Aussprache angemeldet. Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Severin (SPD), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach der Beratung lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus dem Sozialausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sowie bei Enthaltung der FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Zum Ausgangsantrag selbst fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Marburger Linken, sowie Nein-Stimmen der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten,

a) einen Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplan für die Jahre 2010 bis 2013 vorzulegen und
b) einen Schulkinderbetreuungs-Entwicklungsplan für die Jahre 2010 bis 2013 vorzulegen.

Der Kinderbetreuungsplan soll mindestens folgende Angaben enthalten:

- **Auflistung aller Angebote der Kindertagesbetreuung der Jugendhilfe für Kinder von 0 bis 10 Jahre (gegliedert nach Einrichtungen (Träger), mit Angaben über die Zahl der betreuten Kinder, die Betreuungszeiten, dem in der Einrichtung verfügbaren Personal)**

- **Angaben über die Bedarfsdeckung (Angebotene Plätze zu Nachfrage), die sozialräumliche Versorgung sowie vorgesehene Angebotserweiterungen und Neueinrichtungen**

- **Angaben über Übergänge (Einrichtungswechsel) und Kooperationen**

- **Konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtungen sowie besonderer Angebote und Schwerpunkte (z.B. I-Gruppen; Sprachförderung)**

- **Finanzplan (Darstellung der Beiträge der Stadt, der Eltern sowie von Drittmittel)**

- **Entwicklung der Kindergartenbeiträge sowie der Beitragsbefreiungen**

Der Kindertagesbetreuungs-Entwicklungsplan soll jährlich fortgeschrieben und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Der Schulkinderbetreuungsplan soll mindestens folgende Angaben enthalten:

- **Auflistung aller Angebote der Schulkinderbetreuung in Verantwortung des Fachdienstes Schule für Kinder von 6 bis 14 Jahren (gegliedert nach Einrichtungen (Träger), mit Angaben über die Zahl der betreuten Kinder, die Betreuungszeiten, dem in der Einrichtung verfügbaren Personal) und der schulischen Ganztagsbetreuung.**

- **Angaben über die Bedarfsdeckung (angebotene Plätze zu Nachfrage), die sozialräumliche Versorgung sowie vorgesehene Angebotserweiterungen und Neueinrichtungen (incl. Ganztagsschule).**

- **Angaben über Übergänge (Einrichtungswechsel) und Kooperationen**
- **Konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtungen sowie besonderer Angebote und Schwerpunkte (z.B. I-Gruppen; Sprachförderung)**
- **Finanzplan (Darstellung der Beiträge der Stadt, der Eltern sowie von Drittmittel)**
- **Entwicklung der Schulkinderbetreuungsbeiträge sowie der Beitragsbefreiungen**

Der Schulkinderbetreuungsplan soll jährlich fortgeschrieben und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

---

zu 14.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bückingsgarten Vorlage: VO/1075/2010

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion wird die Vorlage vertagt bis zur Aprilsitzung.

Somit stellt die Stadtverordnetenversammlung den Antrag zurück bis zur Aprilsitzung.

---

zu 5 Marburger Ortsrecht hier: Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/1064/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 6 Besetzung des Ortsgerichts Marburg IV (Schröck, Bauerbach, Ginseldorf und Moischt) Vorlage: VO/1041/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU).
Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage

beraten. Wie in der Vorlage des Magistrats aufgeführt wird vorgeschlagen, den bisherigen Ortsgerichtsvorsteher Hartmut Seelig, Lönsweg 13, 35043 Marburg, erneut zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge wurden im Wahlvorbereitungsausschuss nicht vorgetragen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung Herrn Hartmut Seelig erneut zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Marburg IV (Schröck, Bauerbach, Ginseldorf und Moischt) zu wählen.

Geheime Abstimmung wurde nicht empfohlen. Somit kann offen durch Handaufheben abgestimmt werden.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird keine geheime Abstimmung beantragt. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und somit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Hartmut Seelig, wohnhaft Lönsweg 13, 35043 Marburg-Moischt, wird zum Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Marburg IV - Schröck, Bauerbach, Ginseldorf und Moischt gewählt (Wiederwahl).

---

zu 7 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Teiländerung Nr. 23/2 des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Wehrshausen, Auf’m Gebrande
Vorlage: VO/1008/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1) **Das Schreiben mit Anregungen wird zur Kenntnis genommen. Dem zugehörigen Abwägungsvorschlag wird zugestimmt.**

2) **Der Flächennutzungsplanteiländerung Nr. 23/2 im Stadtteil Wehrshausen, „Auf'm Gebrande", mit Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.**

---

zu 8 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 23/5 im Stadtteil Marburg-Wehrshausen,

Auf'm Gebrande II, (inklusive Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 23/1, 1. Änderung)
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VO/1009/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Schreiben mit Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Den jeweilig zugehörigen Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.**
2. **Der Bebauungsplan Nr. 23/5 in Marburg-Wehrshausen, „Auf'm Gebrande II" (inklusive Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 23/1, 1. Änderung) einschließlich Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**
3. **Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 23/5 in Marburg-Wehrshausen „Auf'm Gebrande II" (inklusive Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 23/1, 1. Änderung), werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes beschlossen.**

---

zu 9 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 11/5, Neubau Chemie
hier: Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/1012/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Mit der Vorlage hat sich auch der Umweltausschuss befasst. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 11/5, Neubau Chemie inklusive des externen Geltungsbereichs in der Gemarkung Cyriaxweimar wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden (§ 4 (2) BauGB) zugestimmt.**

2. **Der Vergrößerung des Geltungsbereiches im Bereich der Lahnberge und der Ausweitung um einen externen Geltungsbereich in der Gemarkung Cyriaxweimar wird zugestimmt.**

---

zu 10 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4/6 „Universitätsstraße“
Vorlage: VO/1019/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4/6 für den Bereich „Universitätsstraße“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt.“

---

zu 11 Freiraumplanerischer + Künstlerischer Realisierungs-wettbewerb ehemalige Synagoge Universitätsstraße
Vorlage: VO/0999/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens wird zur Kenntnis genommen und der Empfehlung des Preisgerichtes, den 1. Preis (Garten des Gedenkens) zu realisieren, wird zugestimmt. Der Bedarf, die Planung zu vertiefen und die Maßnahme im Jahre 2011 umzusetzen, wird anerkannt.

---

zu 12 „Biologische Vielfalt in Kommunen“
Unterzeichnung einer entsprechenden Deklaration der Deutschen Umwelthilfe (DUH)
Vorlage: VO/1031/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP sowie bei Enthaltung der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

„Die Unterzeichnung der DUH-Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen durch die Stadt Marburg wird beschlossen“ (angestrebt wird ein „Bündnis für biologische Vielfalt“ der unterzeichnenden Gemeinden).

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

---

zu 13.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kürzungen im Etat der Philipps-Universität Marburg Vorlage: VO/1119/2010

Zu diesem Antrag wird das Wort aus dem Hause nicht gewünscht. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten

- **die Landesregierung aufzufordern, eine geplante Kürzung im Etat der Philipps-Universität Marburg unbedingt zurück zu nehmen.**

- **in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten, ob und wie die Landesregierung den Etat der Philipps-Universität ausgestalten will auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren die Universitäten in Südhessen deutlich bevorzugt gefördert wurden.**

---

zu 14.3 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Müllstellplätze der Wohnungsbaugesellschaften Vorlage: VO/0993/2010

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg wird gebeten, auf die in Marburg tätigen

Wohnungsbaugesellschaften zuzugehen, damit diese auch in Zukunft die Müllstellplätze ihrer Liegenschaften attraktiver und zweckmäßiger gestalten.

Dabei soll insbesondere auf das Wissen der Mitarbeiter von DBM und Praxis gGmbH zurückgegriffen werden, um derzeit noch bestehende Schwachstellen aufzuzeigen.

---

zu 14.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Radwegeausbau Vorlage: VO/1055/2010

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde an den Radverkehrsbeirat verwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und verweist sie ebenfalls an den Radverkehrsbeirat.

zu 14.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Auszahlung von Zuschüssen an Sportvereine Vorlage: VO/1056/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und der Marburger Linken, Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Kulturzentrum Nordstadt Vorlage: VO/1061/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Vorlage wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat keine sachliche Zuständigkeit für diesen Antrag gesehen und hat insofern auch kein Votum abgegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von FDP, MBL und Marburger Linken, sowie Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

und bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.11 Antrag der MBL-Fraktion betr. Freiraumgestaltung Afföller Vorlage: VO/1062/2010

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antragstext ist im Bau- und Planungsausschuss geändert worden. Er hat nun folgende Fassung:

*Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Stadtverordnetenvorsteher die Pläne zur Freiraumgestaltung im Afföller den Anwohnern des Wehrdaer Wegs in einer Bürgerversammlung **zeitnah zu der Umsetzung** vorzustellen.*

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Stadtverordnetenvorsteher die Pläne zur Freiraumgestaltung im Afföller den Anwohnern des Wehrdaer Wegs in einer Bürgerversammlung zeitnah zu der Umsetzung vorzustellen.

---

zu 14.12 Antrag der MBL-Fraktion betr. Umgang mit Prüfanträgen Vorlage: VO/1063/2010

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt wurde der Antrag vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen.

Der Ältestenrat hat sich mit der Problematik verfasst. Nach ausführlicher Beratung stellt die MBL-Fraktion den Antrag für 6 Monate zurück um die Entwicklung der Beschlussverfolgung abzuwarten.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag für 6 Monate zurück.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 Lokale Bildungsplanung – Ganztagsschulangebote Entwicklungen und Veränderungen an den Schulen - Januar 2010 Vorlage: VO/0902/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.2 Bahnanbindung der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/1020/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Pfalz
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
1. Dringlichkeitsanträge
2. Schriftliche Beantwortungen der kleinen Anfragen